Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/16/2014

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 17.12.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 18:00 Uhr
Ende der Sitzung : 19:46 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Jörg Hansen

Herr Dirk Langbehn

ab 18:10 Uhr

bis 18:10 Uhr i. V. f. StV Hansen,
bei TOP 8 i. V. f. StV Löwer

Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Herr Uwe Gaumann

Herr Uwe Graßau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Eckehard Knoll

ab 18:25 Uhr

i. V. f. StV Haase

i. V. f. StV Hengstler

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karen Schmick

Herr Peter Engel

Herr Gerhard Bartel

Herr Angelius Krause

Herr Juan Deininger

Seniorenbeirat, öffentl. Teil

Behindertenbeirat, öffentl. Teil

Behindertenbeirat, öffentl. Teil

Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Ulrich Kewersun

Herr Andreas Schneider

Frau Juliette Schickel

Herr Stephan Schott

Frau Anette Kruse

Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 14/2014 vom 19.11.2014
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2014 vom 03.12.2014
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1 Zeitplan und Inhalt für die Machbarkeitsstudie Nordumfahrung
 - 7.2.2 Erweiterung der P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"
 - 7.2.3 Übersicht Bauleitpläne und informelle Planungen
 - 7.2.4 Sachstand Städtebauförderung
 - 7.2.5 Bedarfsampel für mobilitätseingeschränkte Menschen
8. Erschließung des neuen Gewerbegebietes Beimoor-Süd II B-Plan 88 **2014/141**
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 **2014/086**
10. Antrag der CDU-Fraktion f.d. BPA 19.11.2014 - Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg **AN/037/2014**
11. Verschiedenes
 - 11.1 Barrierefreies Behinderten-WC am ZOB-Bahnhof
 - 11.2 Beleuchtung am Bahnhof Gartenholz
 - 11.3 Beschilderung an der Baustelle Gartenholz
 - 11.4 Beschilderung im Helgolandring

- 11.5 Falschparker im Helgolandring
- 11.6 Überprüfung des Busfahrplans
- 11.7 Straßennamen im Bebauungsplangebiet Nr. 88
- 11.8 Sitzungsfolge des BPA

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. **Einwohnerfragestunde**

Herr Mächler nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 10 hinsichtlich der Schaffung von Wohnraum für ältere Menschen. Er bittet die Politik, nicht nur Wohnraum für junge Menschen, sondern auch Wohnraum für ältere Menschen zu fokussieren, da seines Erachtens im Ahrensburger Stadtgebiet lediglich der Verein Heimat Wohnraum für ältere Menschen schafft. Der Bedarf an Wohnraum auch für ältere Menschen ist jedoch so groß, dass auch seitens der Politik die Schaffung solcher Wohnformen unterstützt werden sollte.

Der Vorsitzende erinnert, dass die Einwohnerfragestunde für Fragen an die Verwaltung gedacht ist und nicht an die Politik. Dennoch wird diese Anregung sicher auch von den Fraktionen aufgegriffen werden.

4. **Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 04.12.2014 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt, ob es Änderungswünsche gibt. Die Verwaltung teilt daraufhin mit, dass der Tagesordnungspunkt 12 entfallen kann, da in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorgestellt werden sollen. Ansonsten werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei TOP 13 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der BPA über die angepasste Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 14/2014 vom 19.11.2014

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2014 vom 03.12.2014

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Das Beschlusscontrolling wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1 Zeitplan und Inhalt für die Machbarkeitsstudie Nordumfahrung

In Bezug auf die Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2014 gibt die Verwaltung folgende Hintergrundinformation:

Auf Basis der öffentlichen Vorlagen-Nr. 2014/055 hat der Bau- und Planungsausschuss (BPA) in seiner Sitzung am 18.06.2014 unter anderem mit Stimmenmehrheit folgenden Teilbeschluss gefasst:

Die Varianten über das Famila-Grundstück mit einem Abzweig zur Kurt-Fischer-Straße werden im Hinblick auf die neuen Abstellgleise und die Elektrifizierung der Hauptstrecke aktualisiert und mit neuen Kosten versehen. Die Kosten der Aktualisierung betragen ca. 50.000 € und sind im PSK 54100.0900029 vorhanden.

Der Auftrag wurde inzwischen erteilt, das Ergebnis wird Ende Januar/Anfang Februar erwartet und soll voraussichtlich noch im Februar/März 2015 anhand der Sitzungsvorlage im BPA und im Umweltausschuss (UA) vorgestellt werden.

Der Auftrag umfasst nicht die von einem Einwohner in der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2014 erwähnte Variante, ausschließlich die Nordumfahrung an die Kurt-Fischer-Straße anzubinden. Der in den Beschlussvorschlag integrierte Abzweiger wird nicht durch den Beschluss zum Masterplan Verkehr gedeckt und ist auf ein möglicherweise ergänzendes Erschließungsbedürfnis auf Delingsdorfer Hoheitsgebiet zurückzuführen.

Wie die Verwaltung auf Rückfragen eines Ausschussmitgliedes berichtet, ist die im Rahmen der FNP-Beratung beschlossene Variante noch nicht berücksichtigt. Ergänzend weist der Vorsitzende darauf hin, dass durch den FNP-Antrag noch kein Auftrag an die Verwaltung erteilt wurde. Wenn die Politik weitere Planungen seitens der Verwaltung wünscht, müssten entsprechende Mittel gebunden werden.

7.2.2 Erweiterung der P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"

In den letzten Sitzungen – zuletzt am 03.12.2014 im BPA und am 15.12.2014 in der Stadtverordnetenversammlung – wurde in Bezug auf das Bauprojekt Lindenhof und die Einstellung von Mitteln für die Schaffung von Kfz-Parkplätzen in den Haushalt 2015 diskutiert über eine Erweiterung der rund 30 Jahre alten P+R-Anlage „Alter Lokschuppen“ in der Bahnhofstraße.

Hierzu wird insbesondere hingewiesen auf

- a) die Vorlagen-Nr. 2012/159, anhand der die Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2012 die Sanierung des Gebäudes beschlossen hat,
- b) die Zwischenberichte in den BPA-Sitzungen am 19.03. und 19.11.2014.

Wie bereits in der Vorlagen-Nr. 2012/159 ausführlich erläutert, sind lediglich die Varianten planungsrechtlich zulässig, bei denen das Gebäude lediglich saniert bzw. teilweise wieder aufgebaut wird. Im Falle eines Abrisses mit Wiederaufbau oder einer Aufstockung um ein bis zwei Parkdecks in Stahlverbundbauweise wäre zunächst über die Erstellung eines Bebauungsplanes Planungs- bzw. Bau-recht zu schaffen.

Ob und wann dieses Bauleitverfahren angegangen werden sollte, wäre Anfang des kommenden Jahres anhand der Prioritätenliste zu klären.

Hinsichtlich der Anzahl an Kfz-Parkplätzen sei erwähnt, dass auf dem Lindenhof-Grundstück bis zu rund 60 Parkplätze entfallen könnten und bei einer Aufstockung der P+R-Anlage rund 80 Parkplätze pro Deck bzw. Ebene entstehen könnten.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wird berichtet, dass für die Aufstockung der P + R-Anlage – unabhängig, ob zur Seite oder nach oben ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss – dann ein vereinfachtes Verfahren durchgeführt werden kann, müsste dann eruiert werden.

7.2.3 Übersicht Bauleitpläne und informelle Planungen

Dem Protokoll wird als **Anlage** beigelegt eine Übersicht der Bauleitpläne und der informellen Planungen des Fachdienstes Stadtplanung/Bauaufsicht/Umwelt. Wie die Verwaltung berichtet, werden nach jetzigem Kenntnisstand Anfang 2015 der B-Plan Nr. 93 „Ohlendamm“ und der B-Plan Nr. 95 „Manhagener Allee – ehemalige Klinik“ abgeschlossen, sodass Kapazitäten für neue Projekte frei werden. Nach Auffassung der Verwaltung sollen drei Planungen angeschoben werden, die Entwicklung der Kastanienallee, die des VW-Grundstückes und die Entwicklung des Gewerbegebietes Nord.

7.2.4 Sachstand Städtebauförderung

Mit dem Ankündigungsschreiben vom 16.10.2014 wurde die Stadt Ahrensburg mit der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Innenstadt/Schlossbereich“ in das Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen. Für das Programmjahr 2014 - 2018 wurde der Stadt Ahrensburg ein Gesamtbetrag von 6.600.000 € für das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bewilligt. Der gemeindliche Eigenanteil beträgt 2.200.000 €. Insgesamt umfasst der Förderantrag voraussichtlich eine Gesamtsumme von 21.000.000 € für die nächsten 15 Jahre. Der offizielle Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Schleswig-Holstein mit Datum vom 03.12.2014 liegt nun vor.

Das Auswahlverfahren der beim Land Schleswig-Holstein ansässigen Förderstelle wurde im zweistufigen Verfahren durchgeführt. Die Unterlagen zur Antragstellung zur Aufnahme in das Fördergebiet wurden im März 2014 eingereicht. Der Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz wurde von den städtischen Gremien einstimmig beschlossen. Die städtischen Gremien unterstützten den Antrag unter anderem deshalb, weil die Sanierung des denkmalgeschützten Ahrensburger Rathaus und andere bereits projektierte Maßnahmen in der Innenstadt förderfähig sind.

Zur Bewältigung der Aufgaben wurde durch den Nachtragshaushalt 2014 eine Stelle im Fachdienst Stadtplanung geschaffen. Die Stadt Ahrensburg steht im engen Kontakt mit der Förderstelle und Mitarbeiter aus dem Bauamt werden seitens der Förderstelle geschult.

Voraussetzung für die Durchführung des Städtebauförderungsprogramms ist die Erstellung der Vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB. Der Einleitungsbeschluss gemäß § 141 (3) BauGB über den Beginn der Vorbereitenden Untersuchung wurde am 30.06.2014 einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Dieser wird in Kürze bekannt gemacht.

Die nächsten Schritte sind: Beginn der vorgezogenen Baumaßnahme „Änderung einer Gemeinbedarfseinrichtung“ (Sanierung des Ahrensburger Rathauses), die Auftragsvergabe der Vorbereitenden Untersuchung und städtebaulichen Entwicklungskonzept gemäß § 141 (1) BauGB an ein Fachplanungsbüro sowie die Vergabe weiterer ergänzender Fachgutachten zu den Themen Verkehr, Einzelhandel und Barrierefreiheit.

Schon vor Bekanntgabe zur Aufnahme in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ haben eine Reihe Abstimmungstermine mit dem Fördergeber stattgefunden. Insbesondere bezüglich der vorgezogenen Maßnahme „Änderung einer Gemeinbedarfseinrichtung“, dem denkmalgeschützten Ahrensburger Rathaus. Die ist derzeit das jüngste Denkmal Schleswig-Holsteins. Ein 70er Jahre Verwaltungsbau, der aus einem Flachbau und einem Turm besteht und der durch seine schwarz-weiße Farbgestaltung überzeugt. Der Bau ist inzwischen in die Jahre gekommen und muss den technischen Anforderungen wie Brandschutz, energetischen Standards angepasst werden und dennoch in seiner Denkmalwürdigkeit erhalten bleiben. Eine nicht ganz einfache Aufgabe die mit einer Reihe von Fachplanern erörtert werden soll und aller Voraussicht nach im Frühjahr 2015 in einem Bauantrag münden soll.

Die Vorbereitende Untersuchung soll im Ergebnis den konkreten Umfang der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Innenstadt/Schlossbereich“ festlegen. Auf die Bestandsaufnahme folgt die Festlegung einer Zielsetzung, die in einem Maßnahmen- und Umsetzungskonzept mündet. Dieses benennt konkrete Summen, Maßnahmen und den Zeitraum der Umsetzung. Die rechtliche Abwägung bildet den Schlusspunkt der Untersuchung. Hier wird festgelegt, in welchen Bereichen die rechtlichen Instrumente umfassendes Sanierungsgebiet, einfaches Sanierungsgebiet oder Erhaltungssatzungsgebiet festgelegt werden. Das Ergebnis richtet sich nach der Komplexität der Maßnahmen. Das Ergebnis der Untersuchung wird in ca. einem Jahr erwartet.

Schon jetzt ist abzusehen, dass neben den aufgeführten Maßnahmen weitere Maßnahmen angestoßen werden, dazu zählt unter anderem die Modernisierung des Rathausumfeldes, die Modernisierung der Hamburger Straße, der Rückwerb des Speichers am Gutshof sowie die Sanierung der Bereiche um die Große Straße Nord und Alter Markt.

Am „Tag der Städtebauförderung“ am 09.05.2015 ist zudem geplant, die ersten Ergebnisse aus der Vorbereitenden Untersuchung sowie die Baumaßnahme Rathaus den Bürgern zu erläutern. Der Bund fordert die Programmkommunen dazu auf, am „Tag der Städtebauförderung“ die Bürger aktiv zu beteiligen und einzubinden. Der Tag kann daher dazu genutzt werden, geplante Bürgerbeteiligungen zu nutzen und einzubinden.

Auf Anfrage eines Ausschussmitgliedes informiert die Verwaltung, dass im Rahmen der Planung für die Sanierung des Rathauses Kontakt mit dem Büro aufgenommen wurde, welches das Klimaschutzkonzept erarbeitet. Nach derzeitigem Kenntnisstand soll dieses in der Umweltausschusssitzung am 14.01.2015 behandelt werden.

7.2.5 Bedarfsampel für mobilitätseingeschränkte Menschen

Vorgreifend auf den Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 wird über den Antrag Nr. 90 des Behindertenbeirates zur Einrichtung einer Bedarfsampel an der Kurt-Fischer-Straße diskutiert. Einleitend nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Leider ist es aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen nicht möglich, der Bitte auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges bzw. einer Fußgängerlichtsignalanlage nachzukommen.

Bei der Einrichtung von Fußgängerüberwegen ist die Stadt Ahrensburg zwingend an die Einhaltung der hierfür geltenden Richtlinie für die Einrichtung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ-2001) gehalten.

So schreibt diese Richtlinie vor, dass die Anordnung eines Fußgängerüberweges nur dann in Betracht kommt, wenn mindestens 50 - 100 Fußgänger pro Stunde (Fg/h) den in Rede stehenden Bereich der Kurt-Fischer-Straße überqueren. Die Fußgängerverkehrsstärken beziehen sich auf die Spitzenstunden des Fußgängerquerverkehrs an einem Werktag mit durchschnittlichem Verkehr. Diese geforderte Anzahl von querenden Fußgängern wird in der Kurt-Fischer-Straße bei weitem nicht erreicht, sodass die Einrichtung eines Fußgängerüberweges bzw. einer Fußgängerlichtsignalanlage hier unzulässig ist. Dies wurde dem Eltern- und Betreuer-Beirat der Stormarner Werkstätten bereits mit Schreiben vom 21.11.2007 mitgeteilt.

Die sichere Querung der Kurt-Fischer-Straße ist an der Einmündung zum Beimoorweg über die dort befindliche Lichtsignalanlage möglich.

Zur sicheren Erreichbarkeit der Stormarner Werkstätten soll entsprechend der Aussage des Vertreters der VHH anlässlich der diesjährigen Busbereisung die Haltestelle unmittelbar vor dem Gebäude der Stormarner Werkstätten jeweils zu Arbeitsbeginn bzw. Arbeitsende direkt angefahren werden, sodass die Querung der Kurt-Fischer-Straße zum Erreichen der dortigen Bushaltestelle nicht erforderlich ist.

Die Kosten für eine Fußgängerlichtsignalanlage liegen bei ca. 50.000 €.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestätigt die Verwaltung, dass bei einem positiven Beschluss über den Antrag des Behindertenbeirates der Bürgermeister Widerspruch einlegen müsste, da es sich hierbei um keine Selbstverwaltungsaufgabe handelt und für die Verwaltung kein Ermessen besteht. Dennoch appelliert der Behindertenbeirat an den Ausschuss, diesem Antrag zuzustimmen. Seitens der Verwaltung wird betont, dass persönlich der Antrag nachvollziehbar ist, aber aus rechtlichen Gründen keine Zustimmung erfolgen kann. Die Beschlussfassung über diesen Antrag soll erst im nachfolgenden Tagesordnungspunkt der Haushaltsberatung erfolgen.

8. Erschließung des neuen Gewerbegebietes Beimoor-Süd II B-Plan 88

Anhand einer Folienpräsentation (**vgl. Anlage**) stellt die Verwaltung die Erschließung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd II vor.

Einleitend berichtet die Verwaltung, dass das Ziel, den Verkehr auf dem Beimoorweg zu verringern - wie noch 2003 angenommen wurde -, nicht erreicht werden kann. Deswegen ist die Erschließungsstraße An der Strusbek für die Erschließung von immenser Bedeutung. Im Zuge der Erschließung des Gebietes soll auch der Geh- und Radweg am Beimoorweg ausgebaut werden.

Bis auf den vorderen Bereich der Planstraße A, der der Erschließung des Fachmarktzentrums dient, werden alle Straßen zunächst als Baustraßen hergestellt. Der vordere Bereich wird gleich endausgebaut, da Erschließungsarbeiten nach Errichtung des Fachmarktzentrums nicht mehr praktikabel erscheinen. Des Weiteren berichtet die Verwaltung, dass die Einhänge und auch die Planstraße C selbstverständlich nur gebaut werden, wenn diese von ansiedelnden Firmen gewährt bzw. benötigt werden. Die Planstraße B liegt teilweise nicht auf Grundstücksflächen, die im Eigentum der Stadt Ahrensburg stehen, sodass hier zunächst mit einer provisorischen Wendekehre gearbeitet werden muss.

Positives Ergebnis der Planung ist, dass der Bodenaushub für die Erschließung komplett im Geltungsbereich des Bebauungsplanes im südlichen Bereich untergebracht werden kann. Dies ist für die Stadt wirtschaftlich vorteilhaft.

Nachfolgend stellt die Verwaltung die Schnitte der Planstraßen im Einzelnen kurz vor. Eine wesentliche Änderung zur letzten Vorstellung der Erschließung ist, dass die Nebenanlagen erweitert wurden, sodass diese auch durch Radfahrer nutzbar sind.

Zur Kreisverkehrsanlage Beimoorweg/Planstraße A/Verlängerung An der Strusbek berichtet die Verwaltung, dass es sich hierbei um einen Außerortskreisverkehr handelt, da dieser außerhalb der OD (Ortsdurchfahrt) liegt. Das Land als Straßenbaulastträger hat vorgeschrieben, dass dieser mit einem Durchmesser von 45 m hergestellt werden muss. Anschließend werden seitens einiger Ausschussmitglieder Fragen hinsichtlich der Radverkehrsführung gestellt. Hierbei zeigt sich, dass aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht immer die kürzesten Wege genommen werden dürfen.

Als Letztes wird der Kreisverkehr Kornkamp-Süd/Planstraße A/Am Hopfenbach vorgestellt. Wie die Verwaltung berichtet, haben beide Kreisverkehrsanlagen die Qualitätsstufe A, da mit einem Verkehr von unter 20.000 Pkw gerechnet wird. Die in der Präsentation dargestellte rote Wegführung stellt eine Baustraße dar, die während der Erschließungsmaßnahmen benötigt wird.

Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass bei Innerortskreisverkehren die Fahrbahn aufgeteilt und der Kreisring mit Bordkanten versehen werden muss. Die Verwaltung hat dies überprüft, sichert jedoch aber zu, dies noch einmal zu überprüfen. Hierzu ergänzt der Vorsitzende, dass die Fahrbahn des Außerortskreisverkehrs 7,5 m und des Innerortskreisverkehrs 6,5 m beträgt.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Vorstellung der Zeichnung war die Markierung noch nicht enthalten. Es ist geplant, den Innenring als eine Fläche zu asphaltieren und den Innenring mit einem Breitstrich zu markieren. Dieser Bereich wäre wie ein befestigter Seitenstreifen zu sehen und darf nicht von PKWs überfahren werden. Dadurch entfällt die Schwachstelle Pflaster, welche bei höherem Schwerverkehrsanteil immer zu einem höherem Unterhaltungsaufwand führt, weil die Pflastersteine sich häufig rausdrehen.

Eine endgültige Festlegung erfolgt nach einer Rücksprache mit dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr.

Auf Nachfrage, ob der Kreisverkehr so dimensioniert wurde, dass er auch bei Realisierung der Nordtangente leistungsfähig ist, berichtet die Verwaltung, dass seitens der Planer vom größtmöglichen Verkehrsaufkommen ausgegangen und hierbei auch die Nordtangente mit berechnet wurde. Des Weiteren ergänzt die Verwaltung, dass aufgrund der angrenzenden Grundstücke ein wesentlich größerer Kreisel gar nicht möglich wäre. Hierzu ergänzt ein Ausschussmitglied, das theoretisch für einen Kreisverkehr 28 m reichen und der Außerortskreisverkehr mit 45 m nur gewählt wurde, weil dies Wunsch des Straßenbaulastträgers war.

Auf den Einwand eines Ausschussmitgliedes, weswegen die Planstraße A nicht bis zum Erwerb der fehlenden Flächen nach Osten geschoben wird, berichtet die Verwaltung, dass dies mit Kosten verbunden ist, die vermieden werden sollten.

Nachfolgend wird kurz über die Förderfähigkeit der Planstraßen A und B gesprochen. Hierbei wird seitens der Verwaltung betont, dass eine Förderung durch das Land abgelehnt wird.

Bevor über die Beschlussvorlage abgestimmt wird, wird noch kurz über die Möglichkeit gesprochen, dass Radfahrer auch die Nebenanlagen nutzen können. Hierbei wird insbesondere auf schwächere Fahrradfahrer abgestellt, die nicht die Fahrbahn nutzen wollen.

Abstimmungsergebnis:

8 dafür

1 Enthaltung

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Abs. 2 Ziff. 3 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) war die Stadtverordnete Monja Löwer von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen und verließ für diese Zeit den Sitzungsraum. Der Stadtverordnete Dirk Langbehn hat während ihrer Abwesenheit die Vertretung im Ausschuss übernommen.

10. Antrag der CDU-Fraktion f.d. BPA 19.11.2014 - Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Diskussion zu TOP 14 in der BPA-Sitzung vom 03.12.2014 und eröffnet wie abgesprochen die Diskussion zu dem Gebiet im Helgolandring und Bogenstraße. Es wird berichtet, dass die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss am 04.12.2014 den Antrag hinsichtlich Helgolandring zurückgezogen hat. Daraufhin berichtet der Vorsitzende, dass die SPD-Fraktion den Punkt des CDU-Antrages hinsichtlich des Helgolandringes wieder aufgreift und eine Beschlussfassung hierüber wünscht. Trotz der Stellungnahme der Schulverwaltung sieht die SPD-Fraktion Potenzial in der Fläche des Helgolandringes. Hierzu verweist die Verwaltung darauf, dass dieser Antrag dann auch wieder an den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgrund der Zuständigkeit verwiesen werden muss, um zunächst aufgrund der Schulentwicklungsplanung zuständigkeitshalber eine Entscheidung von diesem zu bekommen. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag demnächst schriftlich einreichen.

Nachdem kurz über die Bogenstraße diskutiert wird, kommt die CDU-Fraktion zu der Entscheidung, den Antrag zurückzuziehen und die Fläche keiner Nutzung für sozialen Wohnraum zuzuführen.

11. Verschiedenes

11.1 Barrierefreies Behinderten-WC am ZOB-Bahnhof

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes zum Sachstand des barrierefreien Behinderten-WCs am ZOB Bahnhof Ahrensburg verweist die Verwaltung auf den Umweltausschuss, der hierfür zuständig ist. Eine Beratung dürfte im Rahmen der Haushaltsberatungen des Umweltausschusses erfolgen.

11.2 Beleuchtung am Bahnhof Gartenholz

Ein Ausschussmitglied erinnert an eine Bitte hinsichtlich der Beleuchtung am Bahnhof Gartenholz. Auf der Seite Gartenholz flackert die Beleuchtung und auf der anderen Seite ist gar keine Beleuchtung vorhanden. Hierzu wird berichtet, dass bei der damals durchgeführten Überprüfung keine Mängel festgestellt werden konnten. Die Verwaltung sagt zu, dem Bahnhofsmanagement Lübeck der DB Station & Service AG kurzfristig mitzuteilen, dass die Beleuchtung des Bahnhaltepunktes Ahrensburg-Gartenholz überprüft werden soll.

11.3 Beschilderung an der Baustelle Gartenholz

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass in der Baustelle Gartenholz wieder innerhalb der Baustelle die Beschilderung Radfahrern vorgeschrieben hat, dass diese absteigen haben. Die Verwaltung wird gebeten - wenn möglich - darauf hinzuwirken, dass solch eine Beschilderung vermieden wird.

11.4 Beschilderung im Helgolandring

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass im Helgolandring noch ein Halteverbotsschild steht, welches im Rahmen einer Umleitung aufgestellt wurde. Die Verwaltung wird gebeten, dies bei Gelegenheit zu entfernen.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Schild, das tatsächlich in der Straße Gartenholz stand, wurde am Folgetag des Bau- und Planungsausschusses entfernt.

11.5 Falschparker im Helgolandring

Eine Stadtverordnete nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 16.10 der BPA-Sitzung vom 03.12.2014 und berichtet, dass immer noch Falschfahrer auch in die andere Richtung im Helgolandring stehen. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass eine Nachfrage bei den Verkehrsbetrieben ergeben hat, dass es im Bereich der Bushaltestellen keine Probleme durch Falschparker gibt.

11.6 Überprüfung des Busfahrplans

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob es richtig ist, dass die Bushaltestelle am Rosenhof teilweise nur mit vier Minuten Verzögerung angefahren wird. Die Verwaltung sagt zu, dies im Rahmen des Protokolls zu beantworten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die neue Buslinie 476 (Pellwormstieg – Hallenbad)

— *verkehrt im Bereich Lübecker Straße/Am Alten Markt in Ergänzung zur Regionalbuslinie 8110 Richtung Bad Oldesloe (Mo. – Fr. stündlich),*

— *verkehrt im Bereich Manfred-Samusch-Straße/Reeshoop in Ergänzung der Regionalbuslinie 474 Richtung Duvenstedt (Mo. – Fr. stündlich),*

— *verkehrt montags bis freitags von 9 Uhr bis 19 Uhr im Stundentakt (während die Linie 569 bereits vor 5 Uhr und bis in den Abend hinein zum Einsatz kommt).*

Die Verkehre stellen sich gemäß Fahrplanbuch 2015 wie folgt dar für die Zeit von Montag bis Freitag (Angabe in Minute einer jeden Stunde):

in Richtung Hallenbad

	Linie	476	8110	474	Zeitver- satz
Haltestelle					
Rosenhof		'00	'17/'20		
Bahnhof Ahg an		'09	'25		16 Min.
Bahnhof Ahg ab		'11		'38	
Hallenbad		'18		'44	26 Min.

in Richtung Pellwormstieg

	Linie	476	474	8110	Zeitversatz
Haltestelle					
Hallenbad		'32	'01		29 Min.
Bahnhof Ahg an		'39	'08		
Bahnhof Ahg ab		'41		'45	4 Min.
Rosenhof		'49		'53	

In diesem Zusammenhang wird berichtet über einen umfangreichen Schriftwechsel mit Vertretungen der Seniorenwohnanlage Rosenhof V und den Prozess, den Fahrplan 2015 evtl. noch in angemessenem Umfang zu optimieren; eine Fahrgastzählung hat die Stadt erbeten.

In der aktuellen „Petition“, die mit einer großen Unterschriftenliste versehen ist, wird im Endeffekt die Führung der Linie 569 über die Haltestelle Rosenhof gefordert. Da hier die Grundzüge des ÖPNV tangiert sind, übernimmt hier der Kreis Stormarn die Federführung bei der Beantwortung.

11.7 Straßennamen im Bebauungsplangebiet Nr. 88

Die Politik wird gebeten mitzuteilen, ob für das Bebauungsplangebiet Nr. 88 „Erweiterung Beimoor Süd“ zur Benennung der Straßennamen erneut die Öffentlichkeit aufgefordert werden soll, Vorschläge zu machen oder ob die Namensvorschläge für das Wohnbaugebiet Erlenhof, die nicht berücksichtigt wurden, noch einmal verwendet werden sollen. Die Politik schlägt vor, dass wieder die Öffentlichkeit beteiligt werden soll.

11.8 Sitzungsfolge des BPA

Die Verwaltung teilt mit, dass keine wichtigen Themen für die BPA-Sitzung am 07.01.2015 anstehen und schlägt vor, die Sitzung ausfallen zu lassen. Auch seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine wichtigen Themen, so dass man übereinkommt, dass eine Sitzung am 07.01.2015 nicht notwendig ist.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin